Leipziger Tageblatt und Handels-Zeitung

Morgen-Ausgabe

115. Jahrgang

Bezugspreis: für Leipzig und Vororte zweimal täglich ins Haus gebracht, Sonntags als Morgenausgabe monatl. M. 10.—, vierteljährl. M. 30.—; für Abholer monatl. M. 9.50. Morgen-Ausgabe allein M. 7.50 monatlich, Abend-Ausgabe allein M. 3.— monatlich. Durch unsere auswärtigen Filialen ins Haus gebracht monatlich M. 10.—, vierteljährlich M. 30.—; durch die Post innerhalb Deutschlands frei ins Haus geliefert, Gesamt-Ausgabe monatlich M. 8.—, vierteljährlich M. 27.—. Auslandsversand: monatlich M. 10.— und Drucksachen-Porto. Einzelnummern: Morgen-Ausgabe 30 Pf., Abend-Ausgabe 20 Pf. Sonntags-Ausgabe 40 Pf.

Das Leipziger Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig, des Amtsgerichts Leipzig, sowie verschiedener anderer Behörden.

Anzeigenpreis: für Gr.-Leipzig u. Umgeb. die einspalt. Konpareillezeile M. 1.25, von auswärts M. 2.25; Anzeigen von Behörden im amtlichen Teil die Konpareillezeile M. 3.50, v. ausw. M. 5.—; kleine Anzeigen die Konpareillezeile M. 1.40, von auswärts Mk. 1.50, Geschäftsanzeigen mit Platzvorschriften im Preise erhöht. Platz- und Datenvorschrift ohne Verbindlichkeit. Beilagenpreise für die Gesamtauflage Mk. 12.— netto, für Teilauflage Mk. 15.— netto pro Mille, Postauflage Postgebühr extra. Fernsprech-Anschluß: Nr. 14692, 14693, 14694. — Postscheckkonto 7594. Schriftleitung und Geschäftsstelle: Leipzig, Johannisgasse Nr. 8. Verlag Dr. Reinhold & Co., Leipzig.

Nr. 286 — Sonnabend, den 18. Juni — 1921

Tätlichkeiten im Deutschen Reichstage

Die Interpellation über den Mord an Gareis

(Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 17. Juni.

Am Regierungstische: Dr. Wirth, Dr. Gradnauer.

Es kommen zunächst einige kleine Anfragen zur Erledigung. Auf der Tagesordnung steht dann die unabhängig-sozialistische Interpellation über die Ermordung des bayrischen Abgeordneten Gareis.

Abg. **Unterleitner** (U. Soz.) begründet die Interpellation: Die Schüsse der Mordbande, die das Gehirn des Abgeordneten Gareis zerschmetterten, haben aller Welt gezeigt, wie es um die bayerische Ordnung bestellt ist. Die Augen der ganzen Welt sind jetzt auf diesen Musterstaat gerichtet. Der Mord macht es uns zur Pflicht, mit doppelter Kraft gegen die Korruption vorzugehen, die solche Früchte trägt. Dieser Mord ist nicht das Werk eines einzelnen, sondern die Auswirkung eines ganz bestimmten politischen Systems. Es ist notwendig, einen Untersuchungsausschuß einzusetzen. In Bayern besteht in engster Verbindung mit der Polizei eine geheime Organisation, die sich politische Meuchelmorde zur Aufgabe gemacht hat. Ich behaupte, daß der Mörder der politischen Abteilung der Münchner Polizei nahesteht. (Hört, Hört! links) Vielleicht erkundigt sich die Polizei bei den so gelinde bestraften Studenten, die Hofer überfallen haben, wer der Mörder von Gareis ist. Deutlicher kann man doch wirklich nicht werden! (Hört, Hört! links.) Hofer hatte sich zu Gareis geretet und Gareis stellte fest, daß die Mörderorganisation bis ins Kleinste ausgebaut ist. (Der Redner verliest einen Brief des Vorsitzenden der Bayrischen Königspartei, worin Kanzler auffordert, Verräter unter einem Vorwande aufzusuchen und zu beseitigen unter Hinterlassung eines Merkzeichens.) Der Ministerpräsident deckt solche Taten. Er hat schon einmal einen Einwohnerwehrmann aus den Klauen des Gerichtes befreit. (Hört, hört! links.) Gareis wußte zu viel von diesen Dingen und wurde deshalb als Vaterlandsverräter gebrandmarkt. Die Richtung Dr. Heim treibt eine Politik, die schon sehr nahe an Landesverrat grenzt. In Regensburg hat das Dr. Heim ja selbst zugegeben; er hat den Franzosen Konzessionen machen wollen, wenn nur die Einwohnerwehr bestehen bleibe. Sie (zu Dr. Heim) haben also das Reich auseinanderreißen wollen. (Hört, hört! links!) (Abg. Dr. **Heim**: Nix habe ich den Franzosen versprochen!) Die Arbeiter werden mit allen Mitteln niedergehalten, die Reaktionäre können sich frei tummeln. In unsere Bureaus werden Handgranaten geworfen; kein Täter wird gefunden. Auch dem Mörder von Gareis wird man kein Haar krümmen. (Zuruf rechts: Wie steht es mit den „roten Morden"?) Nennen Sie mir doch einen politischen Mord während der Revolution. (Lachen rechts.) Erst die Reaktionäre haben mit dem Morden begonnen. Der Münchener Polizeipräsident **Pöhner** stellt falsche Pässe aus für Leute, die er in politischer Mission nach Ungarn schickt. Pöhner und die ihn stützen gehören ins Zuchthaus; aber die Justiz steht ja mit ihm im Bunde. Der „Miesbacher Anzeiger" fordert ungestraft offen zum Mord auf. Das Blatt hat auch zur Ermordung von Gareis gehetzt. (Der Redner verliest einen Drohbrief, den der Abgeordnete Breitscheid aus Bayern erhalten hat). Pöhner hat uns nicht nur Versammlungen, er hat uns sogar den Trauerzug für Gareis verboten, er hat Drahtverhaue und Lanzenreiter aufgeboten. Die Arbeiterschaft ist trotzdem in gewaltigen Scharen gekommen und hat sich nicht provozieren lassen. (Abg. Mittelmann, D. Vp.: Da hat er recht! Lärmender Widerspruch links). Aber die Einwohnerwehr besteht weiter und hält Kreisschießen ab. (Der Redner verliest die Aeußerung eines bayrischen Studenten: „Kommunisten sind keine Deutsche, sie erledigen wir kalt!" Abg. Mittelmann D. Vp.: Da hat er recht! Großer Lärm bei den Kommunisten).

Abg. Remmele (Kom.) stürzt auf den Abg. Mittelmann zu und schlägt auf ihn ein. Andere Abgeordnete der Rechten kommen dem Angegriffenen zu Hilfe. Zahlreiche Abgeordnete drängen zu der kämpfenden Gruppe hin. Abg. Dr. Heim (Bayr. Vp.) und andere versuchen die Kämpfenden auseinanderzubringen, namentlich die Frauen suchen versöhnend zu wirken. Der Lärm dauert aber minutenlang an. Präsident Löbe schließt deshalb um 2,55 Uhr die Sitzung. Da diese Mitteilung in dem Lärm untergegangen war, erscheint der Präsident um 3,10 Uhr nochmals und teilt mit, daß die Sitzung geschlossen sei und daß um 3½ Uhr der Aeltestenausschuß zusammentreten werde, um zu dem Tatbestand Stellung zu nehmen. (Im Saale blieben noch lange erregte Gruppen zusammen.)

*

Für die Ergreifung des Mörders des Abg. Gareis hat das bayrische Ministerium des Innern die ausgesetzte Belohnung von 10 000 M. auf 30 000 Mark erhöht.

Die bolschewistische Welle in Oberschlesien

Vorrücken der interalliierten Truppen. — Der russische Agitator Radek in Oberschlesien?

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 17. Juni.

Die Lage in Oberschlesien stellt sich nach den vorliegenden Nachrichten so dar, daß einzelne Orte der Kreise Kosel, Ratibor und Groß-Strehlitz in der Nähe der von den Polen gehaltenen Linie von den interalliierten Truppen besetzt wurden. Auch in den Kreisen Rosenberg, Lublinitz und Tarnowitz ist die Besetzung im Gange. Guttentag wurde von den Engländern besetzt, Tarnowitz und zwei weitere kleinere Orte wurden von den Insurgenten befreit.

In oberschlesischen Kreisen hält man die Art des Vorgehens der interalliierten Truppen nicht für geeignet, die schwere Sorge der Bevölkerung zu zerstreuen. Die polnischen Banden lösen sich, sobald die interalliierten Truppen in Sicht kommen, auf, und die Insurgenten erscheinen, nachdem sie ihre Waffen vergraben haben, im nächsten Dorf als friedliche Bauern wieder. Hinter dem Rücken der interalliierten Streitkräfte bilden sie dann Banden, die jeder Disziplin und Führung entbehren.

Nach den vorliegenden Meldungen dürfte es sicher sein, daß sich in den noch von den Insurgenten besetzten Gebieten tatsächlich eine bolschewistische Welle bemerkbar macht. Da der Aufstand im Zeichen des Niederganges steht, so ist es erklärlich, daß die mit leeren Versprechungen gespeisten Insurgenten dem Einfluß der Kommunisten zugänglicher werden. Die von den Zeitungen gebrachten einzelnen Nachrichten lassen sich nicht nachprüfen; doch geht aus den Erzählungen von Flüchtlingen hervor, daß die Gefahr des Umschlagens der Insurgentenbewegung ins Bolschewistische besteht.

Nach Mitteilungen vertrauenswürdiger Amerikaner soll sich in der kritischen Zeit der russische Agitator Radek in Oberschlesien aufgehalten und Besprechungen mit Korfanty gehabt haben, dem er den Vorschlag eines autonomen Sowjetoberschlesien, das von der russischen Regierung unterstützt würde, machte. Deutsche zuständige Stellen erklären, daß ihnen von einem Aufenthalt Radeks in Oberschlesien oder im übrigen Deutschland nichts bekannt sei. Nach anderen Nachrichten soll jedoch der Aufenthalt sowjetrussischer Führer in Oberschlesien einwandfrei festgestellt sein.

Protestnote der deutschen Parteien und Gewerkschaften

Berlin, 17. Juni.

Folgende aus Kattowitz vom 12. Juni datierte Protestnote ist heute hierher gelangt:

Kattowitz, den 12. Juni.

An die interalliierte Kommission,
zu Händen des Präsidenten Le Rond, der Generale de Marini und Sir Harald Stuart.

In unserem Telegramm vom 9. Juni teilten wir der interalliierten Kommission die Tatsache von der polnischen Zwangseinziehung mit. Wir stellen fest, daß der „Oberschlesische Wegweiser" in Nr. 64 vom 11. Juni unter der Ueberschrift: „Eine oberschlesische Miliz" eine Verordnung der Leitung der Insurgenten über diese Zwangseinziehung veröffentlichte. Die interalliierte Zensurstelle in Beuthen hielt es für zulässig, eine derartige Veröffentlichung zu gestatten, die sich gegen die Autorität der interalliierten Kommission richtet, da sie sechs Wochen nach Beginn des Aufstandes Maßnahmen zur Wiederherstellung gesetzmäßiger Zustände in die Wege leitet. Ferner ließ die Zensur die Ausschreibung einer Steuer durch Korfanty in Nr. 65 des „Oberschlesischen Wegweisers" zu. Das ist das offizielle, in deutscher Sprache erscheinende Organ Korfantys, das er an Stelle der verbotenen „Oberschlesischen Grenzzeitung" in Beuthen drucken und ausgeben läßt. Solange die interalliierte Zensurstelle in Beuthen derartige zur Förderung des Aufstandes bestimmte Bekanntmachungen und Veröffentlichungen der Rebellen unbeanstandet läßt, solange können wir nicht an den Ernst der Zusagen der interalliierten Kommission glauben. Wir fordern sofortige Hilfe.

Die deutschen Parteien und Gewerkschaften in Oberschlesien.

Die Jap-Frage

Amerikanisch-japanische Verhandlungen. — Einwanderungs- und Schantungfrage. — Internationalisierung der Kabel?

Washington, 17. Juni.

Seit einigen Tagen verhandelt der Staatssekretär des Auswärtigen Hughes mit dem japanischen Botschafter in Washington, Sidehara, über die Insel Jap, die Einwanderung und die Schantungfrage. Die Grundlage für eine Regelung der Angelegenheit in der Japfrage scheint in der Internationalisierung der Kabel zu bestehen. Was die Einwanderung betrifft, so scheint man sich auf der Grundlage einigen zu wollen, daß die Einwanderung von japanischen Kulis vollständig aufhören soll, daß hingegen japanisches Eigentum, für welches die Rechte bereits erworben wurden, gesichert bleiben sollen. Was die von Japan vorgenommene Besetzung Ostsibiriens einschließlich Sachalins betrifft, so zerfallen die Verhandlungen in zwei Teile: in solche, die die Vereinigten Staaten und Japan allein angehen, und solche, an denen andere Nationen ebenfalls interessiert sind. Es wird mitgeteilt, daß die Vereinbarungen über die Insel Jap Amerika das Kabel von Guam zugestehen und die Kabelstationen internationalisieren wollen.

Dieses Abkommen soll dem Obersten Rat, der am 1. Juli zusammentreten wird, unterbreitet werden, damit alle anderen Mächte, die auf Kabel Anspruch erheben, diesem Abkommen zustimmen können. Hierbei soll vor allem die Politik der offenen Tür zur Erörterung gelangen, wodurch die Besprechungen eine besondere Bedeutung erlangen werden. Man bemüht sich auch, das Mißverständnis, das noch von den Verhandlungen zwischen Lansing und Ishi herrührt, zu beseitigen. Japan würde sich damit zufrieden geben, daß die Vereinigten Staaten eine Einfluß-Sphäre in Ostasien anerkennen. Die Vereinigten Staaten wollen allerdings nicht zugestehen, daß Japan in Jap und China Eingriffe vornehmen dürfe. Es wird deshalb zwischen Hughes und Sidehara darüber verhandelt, daß die Japaner ihre Truppen aus Sibirien und Schantung zurückziehen und die Politik der offenen Tür allein in Geltung gebracht wird.

Nachklänge zur Wiesbadener Zusammenkunft

London, 17. Juni.

Der Pariser Berichterstatter der „Morning Post" schreibt, in Frankreich nehme die Ansicht zu, daß die letzten Besprechungen zwischen Loucheur und Rathenau ein Vorläufer zu einem Einvernehmen zwischen den Fabrikanten und Finanzleuten Deutschlands und Frankreichs seien, um den systematischen Wiederaufbau in den zerstörten Gebieten zu bewerkstelligen.

Das freie, aber teure Brot

Noch ist es zwar nicht soweit, aber der halbe Weg ist doch schon zurückgelegt. Der halbe Weg insofern, als das Brot mit Beginn des neuen Wirtschaftsjahres erheblich teurer werden wird. Dann auch, weil das am Donnerstag im Reichstage beschlossene Umlageverfahren die Brücke von der Zwangswirtschaft zur freien Wirtschaft bedeutet.

Die Abstimmung im Reichstage hat neben ihrer großen sozialen auch eine starke politische Bedeutung. Ursprünglich hatte man gehofft, eine Menge von 4½ Millionen Tonnen Getreide auf diesem Wege zu erfassen; die Reichsgetreidestelle hatte festgestellt, daß dadurch die jetzige Brotration gesichert sei. Auf den Protest aus Erzeugerkreisen strich die Regierung (es war noch die vorige) 1 Million Tonnen; ½ Million setzte noch der Reichstag ab. So sollte die Vorlage jetzt verabschiedet werden. Es brachten aber die Demokraten, die Volkspartei und das Zentrum einen Antrag ein, eine weitere halbe Million Tonnen abzusetzen. Das wurde von den bürgerlichen Parteien beschlossen, nachher in der Gesamtabstimmung aber der ganze entscheidende erste Paragraph des Gesetzentwurfes abgelehnt: es hatten mit den sozialistischen Parteien auch die Deutschnationalen dagegen gestimmt, die Gegner des Umlageverfahrens sind, weil sie die freie Wirtschaft wollen. In der dritten Lesung aber besannen sich die Deutschnationalen und nahmen mit den anderen bürgerlichen Parteien die Vorlage an. Wären sie bei ihrer ersten Stellungnahme geblieben, dann wäre eigentlich ganz von selbst die Zwangswirtschaft beseitigt gewesen und die freie Wirtschaft eingetreten. (Wenn nicht die Regierung in diesem Falle im Verordnungswege den bisherigen Zustand aufrechterhalten hätte. Die freie Wirtschaft heute schon zuzulassen, ist nach den Ausführungen des Ministers unmöglich, da nicht genügend Reserven vorhanden sind, den Bedarf während des Ueberganges zu decken.)

Wenn auch das Zwangssystem bei der Getreidebewirtschaftung am besten sich bewährt hat, so war es doch durch die langsame Durchlöcherung brüchig geworden. Der Abbau auf dem Wege über das Umlageverfahren ist da ohne Frage der gegebene Weg. Die Leute aber, die ihn zu gehen sich entschlossen haben, mußten sich auch darüber klar sein, daß er einmal der nicht gerade notleidenden Landwirtschaft gewaltige Gewinne zufließen läßt, auf der anderen Seite aber die Verbraucher schwer belastet. Brot ist das Nahrungsmittel, das auch der Aermste kaufen muß, der Vergleich mit dem Fleisch ist unzulässig. Hermes selbst gibt zu, daß der Brotpreis sich um 50 Prozent erhöhen wird. Das ist sicher zu milde gerechnet: ohne eine Verdoppelung des Preises wird es nicht abgehen! Bei der durch das Umlageverfahren erfaßten Menge von 2½ Millionen Tonnen Getreide bleibt eine derartige Menge übrig für den freien Handel, daß die Preise sich immer mehr den Weltmarktpreisen nähern werden. Es wird mit 2½ Millionen Tonnen nicht möglich sein, die bisherige Ration weiter zu sichern. Der Preis für diese Ration wird sich um nur 50 Prozent erhöhen, denn das kann die Regierung bestimmen; nicht aber kann sie bestimmen den Preis für das zu kaufende Zuschußbrot. Die Folge werden neue Lohn- und Gehaltsforderungen sein und Erhöhungen der Arbeitslosenunterstützungen.

Es ist nicht möglich, so gerecht es auch wäre, den Mehrgewinn bei den Erzeugern zu erfassen. Die Regierung stößt sich anscheinend an dieser üblen Tatsache nicht, denn sie wird bei den neuen Steuerplänen auch die Landwirtschaft gut bedenken. Wie sie aber auch vorgeht: das Fallenlassen der Zwangswirtschaft bringt zwangsläufig eine Annäherung an die Weltmarktspreise mit: im nächsten Jahre werden wir das Dreifache des heutigen Brotpreises zu zahlen haben. Und auch die neuen großen Steuern wird die Landwirtschaft auf die Erzeugnisse abwälzen so lange, bis der Weltmarktpreis erreicht ist. Dann freilich muß sie haltmachen, weil dann der Import den Inlandpreis drücken kann. Deshalb auch fordern die Ueberagrarier schon heute eine Sperrung der Grenzen. Sie hätten sich die Enthüllung des nackten egoistischen Standpunktes sparen können, denn bei dem Tiefstand unserer Valuta sind wir schon aus anderen Gründen gezwungen, die Einfuhr möglichst zu begrenzen.

Die Brotpolitik der Regierung und der ihr folgenden Parteien mag für sie durch den Gang der Ereignisse bestimmt sein. Die Zwangswirtschaft legt den Landwirten Fesseln an, das muß zugegeben werden. Zugegeben werden aber muß auch, daß die meisten der Landwirte wenig Grund zum Klagen haben. Wenn die Regierung plant, den den Landwirten jetzt gegebenen Gewinn in Gestalt neuer Steuern zum Besten der Reparation wieder zu nehmen, so soll das recht und gut sein, es schafft aber nicht die gewaltige Mehrbelastung der Verbraucher (und das sind in der Hauptsache die Aermsten und Schwächsten in Deutschland) hinweg, und gibt dadurch Veranlassung zu neuen Lohnforderungen und zu schweren sozialen Konflikten und Kämpfen.

Neben dieser wirtschaftlichen Seite ist die politische der Abstimmung bezeichnend für die ganze Lage. Es haben alle sozialistischen Parteien gegen die Regierungsvorlage gestimmt, wenigstens gegen die Gestalt, die sie in den Verhandlungen bekommen hat. Die Koalition hat einen Riß bekommen, der zwar noch nicht bedeutend ist, es aber werden kann, wenn die Folgen dieser Abstimmung sich im sozialen Leben zeigen werden. Es ist mit diesen Beschlüssen der Linksopposition das beste Material geliefert worden, ohne daß das Reich einen Nutzen hätte. Den Nutzen haben nur die Erzeugerkreise. Deshalb kann man auch als Freund der freien Wirtschaft sagen, daß die Zwangsbewirtschaftung des Getreides für mindestens noch ein Jahr besser beibehalten worden wäre.

E. W.

Der Steuerausschuß des Reichstages beschloß, daß die Frist für Steuerbefreiungsmöglichkeit für Auslandsdeutsche zunächst bis zum 31. Dezember 1922 verlängert wird.